

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin C2, An der Stralauer Brücke 6, IV
Tel.: Berolina 2095 — Postscheckkonto: Berlin 10301

Erscheint alle 14 Tage Sonnabende

Der **39. und 40. Wochenbeitrag** für die Zeit vom 22. September bis 5. Oktober ist fällig.

Zum Verbandstage.

40 Jahre! Aus den Tiefen wallt
Vergangenheit in wechselndem Gesichte:
Wie wurden wir? Es formt sich die Gestalt.
Und was Ereignis war, es wird Geschichte.
Schicksalsgeschichte Tausender. Neuland.
Denn Menschenschicksal wurdest du, Verband.
Knechtserde, die sich dumpfer Faust gefügt,
Ward tief von Lichtgedanken umgepflügt. —
Die Arbeit reckte sich. Neuwerk begann.
Und auch auf unserm Banner stand's: Voran!
Der einzelne ist wohl ein Spiel der Not.
Vereinte Kraft bedeutet Recht und Brot!
Noch wogt sie hin und her, die große Schlacht,
Begonnen ist das Werk, doch nicht vollbracht.
Die Arbeit ringt um den gerechten Lohn.
Es brach die Knechtschaft, aber nicht die Fron.
Sie wird, wir wissen's, eines Tages fallen,
Wenn seine Kraft der letzte Tor erkennt,
Wenn in den Schaffenden, in allen, allen
Das starke Feuer neuen Geistes brennt.
Wenn in den Sklaven stolz der Mensch erwacht
Und sich vereint mit seiner Brüder Macht.
40 Jahre! . . . Sieg und Niederlagen . . .
Und doch, als Sieger stehst du da, Verband!
Du warbtest treu an neuen, lichten Tagen
Und gabst der Zeit ein besseres Gewand. — —
Wohlan denn, führe uns in starker Ruh,
In klugem Kampf dem hohen Ziele zu.

Hans Maria Ehringshausen.

Auf neuem Wege zum alten Ziel!

Wenige Tage nach dem Erscheinen dieser Zeitung, tagt unser 13. Verbandstag und der gemeinsame Verbandstag, der drei Organisationen, die für die Zukunft eine Einheit bilden wollen. Kann die Entscheidung noch zweifelhaft sein? Nach unserm Ermessen nicht. Die Beschlüsse, die in unzähligen Sitzungen, Konferenzen und Versammlungen der Verbände gefaßt sind, die Meinung der Kollegenschaft, die dort zum Ausdruck kam, lassen überwältigende Zustimmung für den Zusammenschluß erwarten. In unsern Reihen hat sich keine Stimme dagegen erhoben, so daß man erwarten kann, daß unser Verbandstag einen einstimmigen Beschluß fassen wird.

Wir veröffentlichen in dieser Zeitung den Rest der Anträge. Insgesamt sind nur 28 gestellt, davon 12 zum Punkt 2: der Anschluß an die neue Großorganisation. Zu Punkt 3 sind 5, zum fünften 3, zum sechsten 5 und zum siebenten 3 Anträge eingereicht. Vergleichen wir diese Zahl mit denen früherer Verbandstage, so scheint die Zahl gering und der Außenstehende könnte geneigt sein, daraus auf eine gewisse Gleichgültigkeit, etwa auf Fatalismus zu schließen. Eine solche Schlußfolgerung wäre aber falsch. Tatsache ist, daß eine seltene Einmütigkeit in der Frage der Verschmelzung vorliegt, bedeutet doch der Beschluß des Vorstandes und Beirates die

Erfüllung des Erfurter Beschlusses zur Organisationsfrage:

„Der Verbandstag stellt sich auf den Boden der Entschließung zur Organisationsfrage des Gewerkschaftskongresses in Breslau, die die Notwendigkeit der Vereinheitlichung aller dem Allg. Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Berufsorganisationen zu Industrieverbänden auf dem Wege der freiwilligen Verschmelzung betont, darin die beste Entwicklung sieht und diese gefördert wissen will.

Der Verbandstag erkennt die nach dieser Richtung von der Verbandsleitung bereits unternommenen Schritte an und gibt ihr Vollmacht, diese mit den in Betracht kommenden Verbänden weiter zu verfolgen. Das Ergebnis der jeweiligen Verhandlungen ist dem Verbandsbeirat und den Gauvorständen vorzulegen und bei Abschluß der Verhandlungen das Ergebnis den Mitgliedern zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten.“

Die gleiche Einmütigkeit war auf der Konferenz der Gauleiter und des Beirates am 26. und 27. August 1927 vorhanden. Wenn jetzt diese seit Jahren einmütig gefaßten Beschlüsse zur Ausführung gebracht werden sollen, so ist die jetzt zutage getretene einmütige Zustimmung eine Selbstverständlichkeit.

Erfolgt der Zusammenschluß, dann ist es aber überflüssig, Anträge zum Statut und zu den verschiedenen Einrichtungen unseres Verbandes zu stellen, gilt doch künftig die Satzung des neuen Einheitsverbandes, über das der gemeinsame Verbandstag Beschluß fassen wird. Aus diesen Gründen erklärt sich also die geringe Anzahl der gestellten Anträge.

Die zu Punkt 2 gestellten Anträge zeigen aber den Wunsch und Willen, daß die bisherigen Aufgaben und Ziele in der Zukunft unbeirrt mit alter Energie weiter verfolgt werden sollen. Damit wird aber zugleich zum Ausdruck gebracht, daß nirgends der Glaube vorhanden ist, daß uns in der neuen Organisation Ruhe winkt, daß uns etwa die goldene Früchte in den Schoß fallen. Erfolg kann uns nur werden, wenn wir nicht nur in bisheriger Rüstigkeit, sondern mit gesteigerter Kraft tätig sind. Die Aussichten werden verstärkt durch die neuen Stützpunkte, besonders durch das engste Zusammenarbeiten mit den Kollegen der öffentlichen Betriebe.

Die Tatsache, daß wir in Zukunft ein Teil der zweitstärksten Gewerkschaft des ADGB. mit rund 700 000 Mitglieder sein werden, erfüllt uns mit Freude und mit der Gewißheit, einen starken Rückhalt in unsern Wirtschaftskämpfen zu besitzen. Wir übersehen dabei aber nicht, daß der Anspruch von Bebel noch gilt und immer gelten wird: „Die Voraussetzung zum Siege der sozialistischen Bewegung ist nicht die Zahl der Fäuste, sondern die Zahl der klaren Köpfe, der starke Willen“. Die Großorganisation ist aber viel besser in der Lage, als wir das als Kleinorganisation konnten, durch ihr wohl ausgebautes Bildungswesen klare Köpfe zu schaffen.

Wir sind überzeugt, daß unser Verbandstag den wichtigsten Beschluß, der je während der freigewerkschaftlichen vierzigjährigen Tätigkeit getätigt wurde, fassen wird. Ebenso überzeugt sind wir auch alle, daß dieser Beschluß der Gärtnerbewegung zum Segen gereichen wird. Die Form, der Weg ändert sich, das Ziel bleibt das gleiche. Auf dem neuen Weg werden wir aber das Tempo zum Ziel beschleunigen.

Das Ziel ist uns alles. Dem gilt auch der wichtige Beschluß der Verschmelzung. Und dieses Ziel ist: Verbesserung der Lebenshaltung, gerechter Anteil am Ertrag der Arbeit, mehr Lohn, mehr Zeit! Oder mit den Worten des Dichters zu reden:

Wir fordern mehr. Wir ahnen, was das Leben
Vermag an Lust, an Glanz und Gut zu geben!
Uns lockt es nicht, das Glück der satten Herde.
Wir wollen alles, was erfreut, genießen,
Das Reich der Kunst, des Wissens uns erschließen.
Wir fordern für uns kühn die ganze Erde!

Der Verbandstag

tagt ab Montag, dem 7. Oktober in Berlin, Hasenheide, Etablissement „Neue Welt“.

Anträge zum Verbandstag.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Der Anschluß des Verbandes an die neue Großorganisation.

Düsseldorf: Die Verschmelzung mit den beiden Bruderorganisationen wird begrüßt in der Auffassung, damit den Sozialisierungsgedanken um einen gewaltigen Schritt vorwärts zu treiben. Die Mitgliedschaft gelobt, gemeinschaftliche Agitationsarbeit auch in den kleinsten Provinzorten betreiben zu wollen, um dort endlich erträgliche Berufszustände zu schaffen. — In der gemeinsamen Organisation ist Wert darauf zu legen, daß unser Beruf als Fachgruppe größte Bewegungsfreiheit behält und in agitatorischer Hinsicht ihr keine Hemmnisse bereitet werden.

Essen: Der Vorstand hat nach vollzogener Verschmelzung dahin zu wirken, daß in kürzester Frist eine Konferenz der Reichsfachgruppe einberufen wird. Diese soll sich außer mit Fragen wirtschaftlicher Art, insbesondere mit solchen arbeitsrechtlicher Natur befassen.

Bottrop: Der Verbandstag beschließt, anlässlich der Verschmelzung ist auf keinen Fall eine Beitragserhöhung einzuführen:

Duisburg: Nach erfolgtem Zusammenschluß ist dafür Sorge zu tragen, daß Sektionen für die Mitglieder geschaffen werden, die als Obergärtner, Obergehilfen usw. tätig sind.

Leipzig: Die Reichsfachgruppe hat folgenden Dingen besondere Aufmerksamkeit zu widmen: Ausbau unserer fachlichen Lichtbildvorträge zur leihweisen Benutzung durch die Ortsgruppen und zum käuflichen Erwerb für die größeren Ortsverwaltungen. — Ausbau des Lichtbilddienstes dahingehend, daß auch die kleineren Ortsgruppen von ihm Gebrauch machen können. — Aufrechterhaltung und Ausbau unserer Wanderbibliothek in bisheriger Form. — Weitere Herausgabe eines Fachkalenders. — Beschleunigte Berichterstattung der Ortsverwaltungen über die getätigten Tarif- und Lohnabschlüsse im Reiche.

Königsberg (Pr.): In einer Sondersatzung ist festzulegen, daß der bisherige Verbandsbeirat als Beirat der neuen Reichsfachgruppe „Gärtnerei, Park und Friedhof“ erhalten bleibt und der größeren Bedeutung der neuen Organisation entsprechend noch um einige Kollegen aus den Betrieben erweitert wird.

Zu Punkt 3: Die Gärtnerei in der Sozialgesetzgebung.

Witten-Langendreer: Der Verband soll anstreben, daß durch eine Änderung des Betriebsrätegesetzes die Möglichkeit geschaffen wird, die kleinen Betriebe kontrollieren zu lassen durch vom Verband gewählte und behördlich bestätigte Funktionäre.

Berlin: a) Der Verbandstag ist mit der Regelung der Rechtsverhältnisse der Gärtnerei durch ein Sondergesetz unter folgenden Voraussetzungen einverstanden:

1. Für die gewerbliche Gärtnerei sowie für die Betriebe des Reiches, der Länder, der politischen- und Kirchengemeinden gelten die Bestimmungen des Arbeitsschutzgesetzes im vollen Umfange.

2. Die Privatgärtnerei wird den Bestimmungen des Sondergesetzes unterstellt.

3. Die in dem Entwurf des Hausgehilfengesetzes vorgesehenen Bestimmungen über Gartenbau werden gestrichen.

b) Der Vorstand wird ersucht, für eine Verlängerung des Mieterschutzgesetzes über den 31. März 1930 einzutreten.

c) Der Verbandstag erneuert den Beschluß von 1925: „Hinsichtlich der öffentlich rechtlichen Berufsvertretung ist — zusammen mit der übrigen Arbeiterschaft — die in der Reichsverfassung niedergelegte Parität auch in den Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern durch Reichsrahmengesetz zu verwirklichen.“

Zu Punkt 5: Die Entwicklung unserer Tarifverträge.

Duisburg: Die Dauer des Urlaubs ist in allen Tarifverträgen nur nach Werktagen zu bemessen. Wird der Urlaub im Januar und Dezember gegeben, so soll sich die Urlaubszeit um ein Drittel erhöhen. — Der Urlaub ist nach Berufsjahren oder nach dem Alter zu staffeln. — Urlaub ist auch für Lehrlinge tariflich festzulegen. Er ist nach den Forderungen der freigewerkschaftlichen Jugendzentrale anzustreben. — Die Leistung von Überstunden ist mit Rücksicht auf die gewaltige Arbeitslosigkeit erheblich einzuschränken.

Essen: Der Vorstand hat dahin zu wirken, daß ein Reichsmanteltarif für alle Berufszweige der Erwerbsgärtnerei geschaffen wird. Derselbe soll sich gliedern in: a) Landshaftsgärtnerei; b) Erwerbsgärtnerei; c) Baumschulen.

Zu Punkt 6: Jugend- und Ausbildungsfragen.

Bochum: Das „Gärtnerei-Fachblatt“ soll in Zukunft das Baumschulfach mehr berücksichtigen.

Essen: Aus Zweckmäßigkeitsgründen ist ein besonderer Belegschein für das „Gärtnerei-Fachblatt“ herauszugeben.

Köln: Zur Erleichterung der Gehilfen- und Obergärtnerprüfungen sind Vorbereitungskurse zur Vermittlung der erforderlichen theoretischen Kenntnisse einzurichten. Die Leitung der Kurse soll in Händen des Hauptvorstandes liegen; Träger der Kurse sollen die größeren Verwaltungen in den Gauen sein.

Duisburg: Die Lehrzeit soll grundsätzlich nicht mehr als drei Jahre betragen. Das ist in den Tarifverträgen festzulegen. Eine Anrechnung der Fortbildungsschulzeit auf die Lehrzeit darf nicht stattfinden. Dahingehende Beschlüsse sollen unsere Vertreter in den Gärtnerei-Ausschüssen der Landwirtschaftskammern anstreben.

Studenten-Gruppe an der Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau in Berlin-Dahlem: Der Absatz a) des § 4 der Satzungen: „Die Mitgliedschaft ruht beim Besuch von Schulen usw.“ wird gestrichen und durch folgende Bestimmung ersetzt:

Beim Besuch von Gartenbauschulen hat sich das Mitglied der dort bestehenden Schüler-Gruppe des Verbandes anzuschließen. Falls eine solche Gruppe nicht besteht, hat es sich bei der zuständigen Ortsverwaltung anzumelden.

Die Mitglieder der Schülergruppen entrichten die üblichen Beiträge der Lehrlinge, alle erworbenen Rechte verbleiben ihnen. Die während der Schulzeit gezahlten Beiträge sind anzurechnen.

Jede Schülergruppe gibt sich ein eigenes Statut, das vom Verbandsvorstand zu genehmigen ist. Sie entsendet Delegierte je nach ihrer Stärke in die Delegierten-Versammlungen der betreffenden Ortsverwaltung.

Die vorstehenden Bestimmungen werden sinngemäß in die neuen Satzungen der Reichssekktion „Gärtnerei“ der Vereinigten Verbände übernommen.

Zu Punkt 7: Verschiedene Anträge.

Düsseldorf: In den neuen Satzungen ist im § 3, Abs. 1 anzufügen, daß Kollegen, die extremen Rechtsorganisationen, wie Stahlhelm, National-Sozialisten usw., angehören, die Mitgliedschaft nicht erwerben können.

Essen: In unserer Verbandszeitung sind fernerhin keine Inserate mehr aufzunehmen.

Witten-Langendreer: a) Von Lehrlingen, die keine Entlohnung erhalten, ist kein Eintrittsgeld zu erheben; b) Sämtliche Mitglieder, die am 1. Mai arbeiten, haben ihren Tagesverdienst der Ortskasse abzuführen.

Die Delegierten zum Verbandstage.

Bei den Wahlen der Verbandstagsdelegierten haben folgende Kollegen die Stimmenmehrheiten auf sich vereinigt:

Gau Hamburg: Theodor Böckmann, Hamburg, Fritz Haaker, Hamburg, Ernst Neumann, Hamburg;

Gau Hannover: Ernst Dohrmann, Bremen;

Gau Köln-Essen: Alfred Deubner, Köln, Paul Engel, Essen,

Georg Runschke, Düsseldorf;

Gau Frankfurt a. M.: H. Stroh, Langen i. H.;

Gau Stuttgart: Adolf Maier, Heidenheim;

Gau München: Ludwig Straub, München;

Gau Erfurt: Hugo Rohkrämer, Weimar;

Gau Quedlinburg: Wilhelm Badstübner, Quedlinburg;

Gau Leipzig: Friedrich Rosinus, Leipzig;

Gau Dresden: Wilhelm Friedland, Dresden-Laubegast, Georg

Birkholz, Zwickau;

Gau Breslau: Arthur Schipke, Breslau;

Gau Berlin: Paul Auras, Bln.-Friedrichsfelde, Georg Beetz,

Bornim-Potsdam, Albert Bockenauer, Bln.-Weißensee, Wilhelm

Buraw, Bln.-Nikolassee, Robert Griep, Bln.-Neukölln;

Gau Brandenburg-Pommern: Fritz Ostermann, Rathe-

now;

Gau Königsberg: Emil Nolde, Königsberg.

Von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Agitation an Gartenbauschulen.

In wenigen Wochen werden wieder hunderte von neuen Hörern in die verschiedenen Gartenbauschulen eintreten. Da halte ich es für notwendig, einmal grundsätzlich zu den Verhältnissen an den Schulen vom freigewerkschaftlichen Standpunkt aus Stellung zu nehmen.

Die kapitalistische Entwicklung mit ihrer Rationalisierung hat in allen Ländern Millionen von Arbeitern brotlos gemacht und zu einer verschärften Ausbeutung der noch im Produktionsprozeß stehenden geführt. In gleicher Weise bringt aber auch die Rationalisierung den Technikern, Ingenieuren, Chemikern und sonstigen technischen

Angestellten unserer Wirtschaft Personalabbau, Arbeitslosigkeit und damit auch verstärkten Druck auf die Gehälter. Die Erkenntnis dieser Tatsachen läßt auch diese Schichten rebellieren gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und sie gemeinsam mit der Arbeiterschaft für verbesserte Löhne, verkürzte Arbeitszeit und gegen die kapitalistische Ausbeutung überhaupt kämpfen.

Was in erheblichem Maße bereits für Industrie und Handel gilt, gilt auch für unseren Beruf, der sich doch durch ein ganz besonders reaktionäres Unternehmertum auszeichnet. Es mag da nur an die niedrigen Technikergehälter bei so weltbekannten Firmen wie Späth und Rothe erinnert werden.

Ein Teil der Gartenbauschüler wird später in kommunale oder staatliche Beamtenstellen kommen. Daß auch deren Interessen wirksam durch die freien Gewerkschaften vertreten werden, beweisen die starken Beamtengruppen, die heute schon im Staats- und Gemeindearbeiter-Verband organisiert sind.

Nachdem ich dargelegt habe, daß die gewerkschaftliche Organisation nicht nur für die Gehilfen, sondern auch für die Techniker und Beamten eine Vorbedingung der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage ist, sei noch die Frage erörtert, warum es nötig ist, schon auf der Schule mit der gewerkschaftlichen Agitation zu beginnen.

Die Schule ist im bürgerlichen Staat nicht nur eine Vermittlungsstelle für fachliche Kenntnisse, sondern ihr fällt auch die Aufgabe zu, die Schüler ideologisch im bürgerlichen Sinne zu beeinflussen. Da sind zunächst die „Verbindungen“. Sie versuchen, jeden Schüler in ihre Reihen zu ziehen. Ihr Wesen besteht in der Nachäufung äußerer Formen und Mätzchen studentischer Korporationen. Besondere Reklame machen sie mit irgend welchen „alten Herren“ und die damit vorübergehende Möglichkeit der Stellenvermittlung.

Neben den Verbindungen haben wir die reaktionäre Einstellung der Lehrer zu bekämpfen, die sich in vielen Fragen in nichts von den bezahlten Angestellten des Reichsverbandes unterscheiden. Wird doch Kinderarbeit als eine „segensreiche Einrichtung für den Aufstieg“ des Deutschen Gartenbaues gepriesen. In der gärtnerischen Rechtsfrage, wird uneingeschränkt der Standpunkt der Unternehmer vertreten.

Sollen und müssen wir nicht diesem Einfluß entgegenzutreten? Und wie können wir es?

Da ist es zunächst notwendig, daß die organisierten Kollegen ihre Mitgliedschaft in unserem Verbands während des Besuches einer Gartenbauschule nicht ruhen lassen, wie es im § 4 unserer Satzung vorgesehen ist, sondern im freigewerkschaftlichen Sinne auch dort tätig sind.

Im besonderen wäre die Frage der Stellenvermittlung zu regeln. Es muß doch endlich damit aufgeräumt werden, daß die städtischen und staatlichen Stellen ein Privileg für unfähige Menschen bilden, die „gute Beziehungen zu alten Herren“ unterhielten.

Des weiteren müßte in der Richtung gewirkt werden, daß mit städtischen und staatlichen Mitteln vermehrte Freistellen und Stipendien an den Schulen eingerichtet werden.

Um mit unserer Arbeit in den Schulen mit Hilfe des Verbandes beginnen zu können, schlage ich vor, in der Verbandsatzung das „Ruhens der Mitgliedschaft“ beim Besuch von Schulen zu streichen und etwa folgende Bestimmung aufzunehmen: Während des Besuches von Gartenbauschulen und Lehranstalten ist ein Monatsbeitrag von 0,50 Rm. zu zahlen. Das Fachblatt kann zu den gleichen Bedingungen, unter denen es Lehrlinge erhalten, bezogen werden.

Meine Ausführungen möchte ich schließen mit der Aufforderung an alle Kollegen, die eine Gartenbauschule besuchen, in diesem Sinne auch auf der Schule mitzuarbeiten an den hohen Zielen der Arbeiterbewegung, für eine Gesellschaftsordnung, in der die Wissenschaft nicht mehr wie heute den Interessen einer kleinen Schicht von Volksausbeutern dient, sondern im Dienste der Gesamtheit steht.

P. H.

Zur Frage der Schülergruppen.

Zu den Gedanken des Kollegen P. H. möchte ich noch sagen: Wenn gefragt werden wird: „Warum wieder neue Gruppen, die Kollegen können doch in den betreffenden Ortsverbänden arbeiten“, so muß dem entgegengehalten werden, daß die Schaffung von Schülergruppen es den Kollegen ja erst ermöglicht, überhaupt im Verband tätig zu bleiben bzw. zu ihm zu kommen. Denn bis jetzt gingen die meisten Kollegen dem Verband verloren, so bald sie auf eine Schule gingen.

Wenn aber gerügt wird, daß die Schüler sich von den übrigen Kollegen absondern, so muß betont werden, daß das Gegenteil richtig ist. Die von uns beantragte Streichung des § 4 der Satzungen ermöglicht uns die Mitarbeit im Verband. Die Schülergruppe hat vor allem gegenüber der Schule

und den nicht organisierten Mitschülern Aufgaben zu erfüllen, zu denen schärfste Konzentration der Kräfte nötig ist. Und diese ist nur in einer Gruppe zu erreichen, die selbst über ihr Schicksal bestimmen kann. Man stelle sich z. B. vor: Fünf Mitglieder, die Schüler sind, sind über fünf Bezirke der Berliner Ortsverwaltung verteilt. Ein gemeinsames Wirken und eine Verständigung darüber wird ohne Bildung einer besonderen Gruppe kaum erfolgen können.

Wenn auf den „Butab“ bzw. den ADGB. hingewiesen wird, als der besseren Vertretung der Interessen der Schüler und späterer Techniker, so glauben wir, daß wir den besseren Platz in den Beamten- und Angestelltengruppen unseres bald vergrößerten Verbandes finden werden. Aber auch ohne die Verschmelzung würden wir die Mitgliedschaft von Schülern der Gartenbauschulen und von Technikern für eine sehr wichtige Angelegenheit unseres Verbandes halten. Schon in den Vorbesprechungen, die lange vor der Verschmelzung datieren, haben wir auf die Wichtigkeit der Arbeit hingewiesen, die die Schüler und Techniker als Mitglieder des Verbandes zu leisten haben.

In den politischen und wirtschaftlichen Tageskampf können die Schüler nicht eingreifen, da sie sich aus erklärlichen Gründen auf der Schule große Zurückhaltung auferlegen müssen. Aber der im Kampf stehenden Kollegenschaft geistiges Rüstzeug zu liefern, dazu sind sie nicht nur imstande, sondern verpflichtet. Mitarbeit an der Presse des Verbandes, dem „Fachblatt“ und der „A. D. G.-Ztg.“, Förderung der fachlichen Ausbildung durch Vorträge, vor allem Mitarbeit in unseren Jugend- und Lehrlingsgruppen müssen neben dem speziellen Arbeitsgebiet der Schülergruppe zu deren vornehmsten Aufgaben werden.

Und so wollen wir hoffen, daß die Gründung von Schülergruppen sich zum Segen erweist für unsere Organisation und ein neues Band werde der Solidarität zwischen Handarbeit und geistiger Arbeit.

K. M.

Professor Maurer.

Die Gärtnerwelt wurde dieser Tage mit der Nachricht aus dem preußischen Ministerium für Landwirtschaft überrascht, daß zum „Professor für Pflanzenbau“ an der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin und zugleich zum Direktor der Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau in Dahlem berufen worden ist: Herr Erich Maurer, der bisherige Generaldirektor der Späth'schen Baumschulen.

Es ist ja allgemein bekannt, daß man im Landwirtschaftsministerium sehr lange nach geeigneten Personen für zwei einzurichtende Professuren an der Landwirtschaftlichen Hochschule, die zuerst solche für Obstbau und Gemüsebau sein sollten, gesucht hat. Endlich sind sie gefunden, doch nach grundsätzlicher Umstellung der einstigen Pläne. Denn jetzt hat man eingerichtet eine Professur für „Pflanzenbau“ und eine solche für „Gartenkunst“. Für die letztere ist der Zentral-Gartendirektor der Berliner Gartenverwaltung Erwin Barth, Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Charlottenburg, berufen worden. Kann die Regelung dieser Seite der „Hochschulfrage“ als leidlich gut bezeichnet werden, so steht es ganz wesentlich anders mit der andern Seite, die geradezu zur „Kehrseite der Medaille“ wird. Es war in unterrichteten Kreisen schon seit längerem bekannt, daß für den Stuhl der schon an sich unglücklichen Professur für „Pflanzenbau“ Herr Generaldirektor Maurer in Aussicht genommen war, bzw. sich darum beworben hat. Aber es verlautete auch, daß an den entscheidenden Stellen Bedenken bestanden wegen der politischen Einstellung des Herrn Maurer. Dessen Betätigung im „Stahlhelm“, dieses antirepublikanischen Staates in der deutschen Republik, war ja doch allgemein bekannt. War doch Herr Maurer noch als Generaldirektor stets so rücksichtslos ehrlich, sich zu einer Führerrolle im „Stahlhelm“ zu bekennen.

Anscheinend ist es nun dem Stahlhelmgeneral Seidte und anderen geistesverwandten Freunden gelungen, wie schon mit Erfolg beim Reichspräsidenten ausgeprobt, nun auch bei preußischen Ministern mit übergehängtem Schafslammfell beruhigende Eindrücke zu machen. Die Bedenken sind jedenfalls so völlig zurückgestellt, daß der Pressedienst des Landwirtschaftsministeriums glaubte, als besondere Empfehlung des Herrn Maurer hervorheben zu sollen: „machte den ganzen Krieg als Offizier an der Front mit“.

Hegen wir schon Bedenken, wegen einseitig baumschulistischer Ausbildung, daß Herr Maurer der rechte Professor für Pflanzenbau ist, so verstärken sich die Bedenken, einem Mann mit so extremen Ehrgeiz, wie Herr Maurer ihn besitzt, einen so wichtigen Posten, wie ihn die Republik hier, als einen Bildner des Nachwuchses oberer und führender Schichten unseres Berufes, zu vergeben hat, anzuvertrauen. Auch der frühere Direktor von Dahlem war gewiß kein Anhänger der jetzigen Staatsform, aber er hatte sich, als ein politisch harmloser Mann, mit ihr abgefunden. Anders Herr Direktor Maurer, er wird, davon sind wir auf Grund unserer Erfahrungen mit ihm überzeugt, die Führerrolle, zu der er sich in politischer Beziehung berufen

fühlt, weder als „Professor für Pflanzenbau“, noch als Direktor der Lehr- und Forschungsanstalt aufgeben.

In einer Zeit, da Geistesverwandte des Herrn Maurer als Bombenattentäter hinter vergitterten Mauern kalt und sicher gestellt werden, wird es in weiten Volkskreisen nicht verstanden werden, daß das preußische Landwirtschaftsministerium sehr berechtigte Bedenken hier zurückstellen konnte.

Dem Reichen ein Spender, dem Armen ein Unterdrücker.

Unter dem Kennwort „Ein Rosarium der Spender“ bringt unser „Gärtnerei-Fachblatt“ im Heft 16 eine Notiz, aus der hervorgeht, das zu jenen edlen Spendern unseres letzten, ach so „glorreichen“ Kaisers, dem es nicht vergönnt war, mitten unter seinen Truppen zu sterben, auch die Firma I. J. Seidel, Dresden-Laubegast, gehört. Wir danken es dem bekannten, auch uns manchmal günstigen Winde, daß wir in den Besitz einer photographischen Aufnahme von der für Doorn bestimmten Pflanzenspende kamen, die wir hier wiedergeben.

Das Bild zeigt die gespendeten Rhododendron vor dem Versand. Gegen 200 Stück der besten Sorten sind hier nach Größe und Farbton so zusammengestellt, daß sie in der Blütezeit eine Höchstwirkung erzielen. So wie sie hier aufgestellt sind, sollen sie also in Doorn gepflanzt werden. Die fünf auf dem Bild sichtbaren Stangen markieren die Ecken der betreffenden Wege im Park zu Doorn, gemäß des Planes, nach dem der dortige Schloßpark umgekrempelt worden ist. Die Reihenfolge der einzelnen Sorten sind genau eingezeichnet worden. Herr Rudolph Seidel, Grüngräbchen, hat es sich nicht nehmen lassen, die Anpflanzung der gespendeten Rhododendron in Doorn höchst eigenhändig zu überwachen, so daß wohl die Gewähr gegeben ist, daß alles in höchster Vollendung dargeboten ist — kostenlos und franko selbstverständlich.

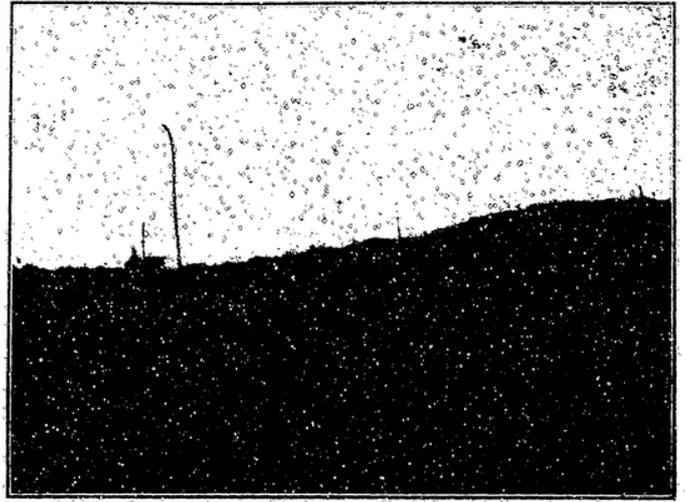
Nach dem Sortenverzeichnis von Rudolph Seidel, kostet die durchschnittliche Bepflanzung eines Quadratmeters 12 Rm. Unter Zugrundelegung dieses Maßstabes überlassen wir es der Kollegenschaft, den Wert dieses Geschenkes zu berechnen.

Es ist nach alledem, was aus dem Leben unseres ehemaligen „Ersten Diener am Volke“ bekannt geworden ist, nicht anzunehmen, dieser Herr könnte etwa daran denken, daß die ihm gespendeten Pflanzen zu einer Zeit herangezogen wurden, in der die Gärtnergehilfen nicht wußten, wie sie sich und ihre Familien vor dem Hunger bewahren sollten.

Angesichts einer so offenbaren Seelengröße eines edlen Spenders, ist wohl angebracht, die Arbeitsverhältnisse zu beleuchten, unter denen die betreffende Firma es zu solcher Größe hat bringen können.

Mit grimmigem Haß, den er sich freilich nie merken ließ, mußte Herr Seidel, wie auch so mancher andere der Herren im Arbeitgeberlager, in den ersten Jahren nach dem Ausreißen seines kaiserlichen Herrn zusehen, wie auch in seinem Betrieb der gewerkschaftliche Zusammenschluß erfolgte. Vom Obergärtner bis zum jüngsten Arbeitsmädchen hielten sie zusammen, um ge-

meinschaftlich ihre wahrlich sehr verbesserungsbedürftigen Lohn- und Arbeitsbedingungen angemessen zu gestalten. Doch nur widerwillig erkannte er die Organisation der Arbeitnehmer an und versuchte sehr bald, sie in seinem Betriebe zu zermürben. Mit richtigem Instinkt hatte er erkannt, daß es zunächst galt, die Obergärtner der Organisation zu entfremden. Weihnachtsgrafifikationen, Lieferung von Brennmaterial und Kartoffeln zum Einkaufspreis, waren die Lockmittel, um zum Ziele zu kommen. Als einzelne widerstrebten, wurde vor der Anwendung schärferer Mittel nicht zurückgeschreckt. Triumphierend konnte Herr Seidel im



Rhododendrongruppen, Wilhelm in Doorn von der Firma I. J. Seidel gespendet.

Frühjahr 1924 erklären: der Gärtnerverband ist in meinem Betriebe erledigt.

Soweit die noch im Betrieb beschäftigten organisierten Kollegen versuchten, die Organisation wieder auszubauen, wurden sie rücksichtslos gemaßregelt, dabei wurde auch nicht haltgemacht vor Kollegen, die 10 Jahre und länger im Betrieb tätig waren. Was galt einem Seidel die fachliche Tüchtigkeit dieser Kollegen? Nichts. Wer nur in dem Ruf stand, Gewerkschaftler und Sozialist zu sein, erhielt seine Entlassung.

Als Gegenpol zum Verband wurde der Gärtnerverein „Deutsche Perle“ wieder ins Leben gerufen. Die Gewährung sogenannter „Qualitätszulagen“ in Höhe von 5 und 10 Prozent des Lohnes an gewisse „Kollegen“ tat ein übriges, um die Kollegen gegeneinander auszuspielen.

Inzwischen war dann Herr Seidel junior als Mitinhaber in den Betrieb eingetreten und mit ihm kam jener Geist des Kadavergehorsams wieder zur vollsten Blüte, der den wilhelminischen Staat kennzeichnete und ihn zum Zusammenbruch geführt hat. Seine erste Heldentat war die Schaffung einer Stahlhelmgewerkschaft im Betrieb, die aber infolge innerer Zwietracht bald

Carl Legien.

Neun Jahre nach dem Tode Legiens erscheint aus der Feder seines Freundes und Amtsnachfolgers Theodor Leipart ein Buch, dem Gedenken Legiens gewidmet, das jeder Gewerkschaftler lesen sollte. Kein Geschichtsschreiber der Arbeiterbewegung kann an dem Wirken Legiens vorbei. Seine überragende Persönlichkeit hat bei den Geschehnissen der letzten Jahrzehnte einen maßgebenden Einfluß ausgeübt. So bietet dieses Gedenkbuch ein gut Teil Geschichte der Arbeiter-, insbesondere der Gewerkschaftsbewegung. Die heutige Generation ist kaum in der Lage, zu ermessen, welche ungeheuren Schwierigkeiten zu überwinden waren, um die Gewerkschaften aus kleinen Anfängen zu einem Machtfaktor zu gestalten.

Nicht nur den Gewerkschaftler und Politiker, auch den Menschen Legien lernen wir näher kennen. Freudlos und trübe war seine Jugendzeit, die er im Waisenhaus zu Thorn verbrachte. Interessant ist die Feststellung, daß dieser so praktisch und nüchtern denkende Mensch auch eine Zeit durchgemacht hat, die in Goethes „Werthers Leiden“ ihren klassischen Ausdruck gefunden hat. Einige Zeilen über den Menschen Legien mögen hier wörtlich wiedergegeben werden:

„Er war ernst und verschlossen schon in jungen Jahren und gehörte nicht zu den lebenswürdigen Menschen, die für jedermann ein freundliches Wort haben. Er war vielmehr zurückhaltend und oft sogar abstoßend. Wirkliche Lebensfreude hat er wohl nie empfunden, trotzdem sich unter dem äußerlichen harten Panzer ein weiches Gemüt verbarg. Bevor sein ganzes Leben in der Arbeiterbewegung aufging, war er wiederholt mit der ganzen Welt verfallen. Dann aber ersetzte ihm der tägliche und unermüdete Kampf für das Wohl seiner Klassen-

genossen, was ihm das Leben sonst an Schönheit und Freude versagte.“

Schon als junger Mensch hatte er ein selbstbewußtes Wesen, und sein Auftreten hinterließ den größten Eindruck. Im Alter von 29 Jahren stand er bereits an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung, nachdem er 1890 als Vorsitzender der neu gegründeten Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gewählt wurde. Und Legien war ein Führer im wahrsten Sinne dieses Wortes. Von einer Ansicht, die er als richtig erkannte, ließ er sich nicht abbringen. Überall hat er seinen Mann gestanden und seine Meinung mit dem größten Nachdruck vertreten. Auch den Größten der Sozialdemokratischen Partei gegenüber, die zeitweilig den Gewerkschaften eine untergeordnete Bedeutung beimaßen, wußte er sich durchzusetzen. Der Erfolg hat ihm Recht gegeben. Als Legien im Dezember 1920 starb, waren über acht Millionen Arbeiter in den freien Gewerkschaften vereinigt.

Legien war aber nicht nur Gewerkschaftler. Auch in der politischen Bewegung war er tätig. Viele Jahre war er Reichstagsabgeordneter für den Kieler Wahlkreis. Auch sein Wirken als internationaler Sekretär verdient besonders hervorgehoben zu werden.

Mit diesen wenigen Zeilen ist es natürlich unmöglich, sein Gesamtwirken näher zu kennzeichnen. Jeder Verband ist in der Lage, zum Wirken Legiens, soweit die eigene Organisation in Betracht kommt, einen Beitrag zu leisten. Auch die Gärtnerbewegung verdankt Legien sehr viel. Er war es, der in dem Bruderkonflikt zwischen der „Vereinigung“ und dem „Allgemeinen“ schlichtend eingriff, so daß es zum Anschluß an die freien Gewerkschaften kommen konnte. Er hat auch an einer Berliner Versammlung am 28. Juli 1903 im Gewerkschaftshaus, in der die feindlichen Gruppen die Klängen krouzten, teilgenommen.

auseinanderfiel. Doch Herr Seidel führt selbst an seinem Auto das Stahlhelmabzeichen sowie die Festplakette des Münchener Stahlhelmmittels und ein paar Unentwegte leisten ihm noch immer stupide Gefolgschaft.

Die Ausbeutung jeder einzelnen Arbeitskraft wurde bis auf den höchsten Punkt getrieben. Unter dem Zeichen der „Rationalisierung“ erfolgte die Verringerung des gelernten Personals bis fast auf die Hälfte, und nur zu einem geringen Teil wurden diese Kräfte durch billige Arbeitsfrauen und Mädchen ersetzt. Infolge dieser blödsinnigen Wirtschaftspolitik werden Überstunden über ein Maß hinaus geleistet, das mit nichts zu entschuldigen ist. Kontrolluhren garantieren den pünktlichen Beginn der Arbeit. Wer aber etwa einmal eine Minute zu spät stempelt, muß mit einer viertel Stunde Lohnabzug rechnen. Die Firma schämt sich also nicht, auch völlig unbezahlte Arbeit anzunehmen.

Eingeschüchert durch den Kasernenhof von dem Herrn Seidel jun. wagen die Obergärtner keinen noch berechtigten Widerstand gegen dessen Anordnungen. In stiller Resignation ertragen sie ihre Behandlung und übertragen diese auf die Arbeiterschaft.

Soll aber das immer so bleiben? Kollegen! Erkennt doch endlich, das alles Gejammer über schlechten Geschäftsgang und hohe Unkosten nur eitel Lug und Trug ist, solange man noch Tausende von Mark für Potentaten zum Zeichen seiner knechtseeliger Untertänigkeit übrig hat. Denkt daran, daß diese Spenden von Euch erarbeitet sind, die Lohnbeträge dafür aber Euch vorenthalten wurden und noch weiter Euch vorenthalten werden sollen. Mögen „edle Seelen“ spenden, was sie wollen und an wen sie wollen, aber es soll nicht geschehen auf Kosten anderer, die über solche edlen Regungen ganz anders denken.

An der geschlossenen Front der Arbeiterschaft hat schon mancher Dickschädel krachend die Grenzen seiner brutalen Gewalt erfahren. Auch unterm Stahlhelm müßte der Schädel bersten, wenn unsere Front ehern zusammenhält.

W. Friedland.

Die Verteilung der Reparationskosten.

Die Opposition gegen den Young-Plan wird in der Hauptsache aus parteipolitischen Beweggründen betrieben. Dagegen ist es eine unbestrittene Tatsache, daß die Neuregelung der deutschen Wirtschaft erhebliche Erleichterungen bringt. Es ist für uns Gewerkschaftler nun eine Selbstverständlichkeit, daß diese Erleichterungen die deutschen Unternehmer nur für sich in Anspruch nehmen. Schon im Young-Plan tritt die internationale Interessenverbundenheit der Kapitalisten in die Erscheinung, indem der deutschen Regierung empfohlen wird, die Steuern, die der deutschen Industrie in Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan auferlegt sind, aufzuheben. Schon am 28. Juni hat dann der Reichsbankpräsident Dr. Schacht in seinem dem deutschen Industrie- und Handelskammertag erstatteten Bericht über seine Tätigkeit in der Sachverständigenkonferenz erklärt, daß nach seiner Auffassung die Zahlungserleichterungen nur dem Kapital zugute

kommen müßten. Gegenüber der Förderung der Kapitalbildung müßten die Bedürfnisse der Arbeiterschaft zurücktreten. Man könne nicht der großen Masse der deutschen Bevölkerung dauernd „kostspielige Lebensannehmlichkeiten“ versprechen und gleichzeitig dem Ausland Milliardenzahlungen in Aussicht stellen. Aus der bedauerlichen Tatsache, daß zu den Pariser Sachverständigen-Beratungen auch nicht ein Vertreter der Arbeiterschaft hinzugezogen war, daß ferner der Antrag der freien Gewerkschaften, an den Beratungen des Organisationskomitees zur Umbildung der deutschen Reichsbahn und der Reichsbank beteiligt zu werden, Ablehnung erfahren hat, muß der Schluß gezogen werden, daß die Reichsregierung die Ansichten des Unternehmertums teilt und dessen Absichten billigt. Die Arbeiterschaft wird sich also bei dem Ringen um die Verteilung der Lasten oder richtiger — der aus verringerten Lasten sich ergebenden steuerlichen Erleichterungen — wieder nur auf ihre eigenen Organisationen stützen und verlassen können.

Der „Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands“, die an den Reparationsfragen am unmittelbarsten beteiligte Arbeitnehmerorganisation, hat bereits der Reichsregierung eine Denkschrift zur Abänderung des Reichsbahngesetzes überreicht und fordert mit Recht:

1. entsprechend dem durch den Young-Plan wiederhergestellten vollen Eigentumsrecht einen größeren Einfluß der Reichsregierung auf Geschäftsführung, Finanzverwaltung und Personalverhältnisse des Betriebes;
2. entsprechend der hohen Bedeutung der Reichsbahn als Verkehrsunternehmen eine Erweiterung des Aufsichtsrechts der Reichsregierung;
3. die Beseitigung der Ausnahmestellung des Personals und die Anwendung der allgemeinen deutschen Gesetzgebung für das gesamte Personal der Reichsbahn.

Zur Reform des Bankgesetzes werden von den Bankangestellten ähnliche Forderungen angemeldet.

Aber auch bei den zu erwartenden Änderungen der bisherigen Steuergesetze werden die Arbeitnehmer ihre Forderungen auf Erleichterungen zu vertreten haben.

Im übrigen sind alle die jetzt von den Unternehmern angesetzten Angriffe auf die Sozialgesetzgebung, die Arbeitslosenversicherung, sowie unsere Tarifkämpfe, Gefechte und Schlachten in dem nun mit erhöhter Wucht einsetzenden Kriege aller Unternehmer gegen alle Arbeitnehmer um die neue Verteilung der Reparationslasten.

Darum gilt es, alle Reserven aufzubieten, durch Werbung und Aufklärung die Reihen der in den freien Gewerkschaften gegen die beabsichtigte Aufbürdung aller Lasten auf die Arbeiter Kämpfenden zu stärken.

Quedlinburger Gärtnerelarbeiter aufgewacht!

Vor einem Vierteljahrhundert ging durch die Presse ein Artikel: „Die Quedlinburger Gartenbau-Industrie und ihre Arbeiter“, der in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft aller Landesteile

In seiner eindrucksvollen Weise verstand er es, die Notwendigkeit eines gewerkschaftlichen Zusammenschlusses den Anwesenden plausibel zu machen. Wie denn auch Legien stets ein Förderer der kleinen Organisationen war.

Mit Recht wurde nach seinem Tode von einem „Typ Legien“ gesprochen. Allen Phrasen abhold, ging er konsequent und zielbewußt seinen Weg. Leider viel zu früh hat dieser seltene Mensch das Zeitliche segnen müssen.

In einem Nachruf hat Siegfried Aufhäuser seine Persönlichkeit, wie er sie in kritischen Tagen kennen lernen konnte, so geschildert:

„Wer so, wie der Verfasser dieser Zeilen, in jener Zeit des Kapp-Putsches Tag um Tag mit Carl Legien zusammen wirken durfte, dem ist eine erhebende Erinnerung an den von männlicher Unerschrockenheit und kluger nüchterner Erwägung erfüllten Kämpfer verblieben. Als wir damals täglich und nächtlich unterirdisch beim matten Kerzenschimmer unter dem Vorsitz Legiens Kriegsrat hielten, da konnten diejenigen, die ihn noch nicht kannten, Legien als proletarischen Kämpfer schätzen lernen. Er war ungeachtet der durch den Verkehrsstreik bedingten übermenschlichen physischen Anstrengungen von der ersten bis zur letzten Stunde auf dem Posten. Jede Maßnahme, die geeignet gewesen wäre, ihn von den persönlichen Verfolgungen der bewaffneten Kappisten zu schützen, wurde von ihm abgelehnt. Legien hatte, das zeigte sich damals, persönlichen Mut, und als er in jeder denkwürdigen Nacht vom 20. März 1920 die Forderungen der streikenden Arbeiter gegenüber der Regierung und den Parteien zu vertreten hatte, da sprach ein weißhaariger Feuerkopf. Die Regierungs- und Parteivertreter schrien auf, sie zeternten über die Erpresserpolitik der Gewerkschaften und ein Agent der Reaktion erstattete gegen Legien und den Verfasser

dieser Zeilen Anzeige beim Staatsanwalt wegen Hochverrats. Das Auftreten Legiens in jener Nacht war keine Erpressertaktik, sondern der Ausdruck jenes Kraftgefühls, das die denkende freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft erfüllt. Legien war ein Proletarier und hat sein proletarisches Empfinden im Gegensatz zu manchem seiner Kollegen bis zum Tode behalten. Er hat in jenen Märzkämpfen diejenige Kraft entwickelt, die nur das Proletariat selbst zu erzeugen vermag und unserer deutschen Arbeiterbewegung eigen ist.“

E. B.

Der Philister.

Der Philister ist die hemmende Kraft dieser vorwärts wollenen Zeit. Er ist der ewig Zufriedene, Satte und Selbstgerechte, der Herzlose, der die Welt nicht in ihrer Wahrheit sieht, weil er mit seinem Lose und mit sich so sehr zufrieden.

Da Kapital und da Arbeit. Da Unternehmertum und da Arbeiter- und Angestelltenschaft. Zwei Klassen, aber drei Gruppen, denn neben den kämpfenden Angestellten und Arbeitern sitzen die Philister am Wege und träumen und schlafen.

Hin und wieder, dann werden sie wach. Dann geht's mal um ihr persönliches Leben, ihr Einkommen, ihr soziales Recht. Und dann schauen sie auf. Dann sehen sie die gewerkschaftliche Bewegung, die an ihnen vorüber schreitet. Und dann sehen sie, daß ihre organisierten Brüder kämpfen und Erfolg erringen — auch für sie. Und dann schlafen sie weiter.

Kämpfer sein heißt Charakter sein. Wer kann es mit sich vereinbaren, am Wege abseits zu träumen? Hinein, wenn du Stolz und Würde hast! Mensch sein ist mehr als träumen und vegetieren. Kämpfe!

W. Hoffmann.

heile Entrüstung auslöste über die grenzenlose Ausbeutungsgrier der Samenbau-Industriellen. Aber auch ein Staunen blieb nicht aus über die Geduld und Demut, mit der die Arbeiter diese skandalöse Entlohnung und Behandlung trugen.

Es erscheint angezeigt, einiges aus dem damaligen Artikel hier wiederzugeben, um Vergleiche mit den gegenwärtigen Verhältnissen zu ziehen und weitere Betrachtungen daran zu knüpfen. So wurde von einer regelmäßigen täglichen Arbeitszeit von 12 Stunden im Sommer und 11—11½ Stunden im Winter berichtet. „Die Arbeitslöhne“, so heißt es, „stellen sich derzeit (1906) wie folgt. Die eigentlichen Gärtnergehilfen stehen im Monatsgehalt, ebenso das Kontorpersonal, die Auszahlung erfolgt in Halbmonatsraten, je am 1. und 15. des Monats. Es erhalten ledige Gärtnergehilfen pro Monat 45 M., steigend um je 3 M. pro Jahr bis 57 M.; verheiratete erhalten in der Regel 54 bis 63 M., einige bis 75 und 80 M., doch stehen sie dann gewöhnlich schon im Range eines Obergehilfen oder Kolonnenführers (hier „Korpsführer“ genannt). Das Kontorpersonal wird zumeist aus den Reihen der Gärtnergehilfen entnommen, seine Löhne stehen etwa denjenigen der Gärtnergehilfen gleich. Die einheimischen erwachsenen männlichen Arbeiter erhalten pro Tag 1.80 bis 2 M., im Winter 10 Pfg. weniger; jugendliche Arbeiter im Alter von 14 bis 16 Jahren 1.00 bis 1.10 M. Arbeiterinnen 1.40 M. pro Tag, im Winter 1.10 M. Die Schulkinder, die in den Ferienzeiten täglich 10 Stunden beschäftigt werden, erhalten pro Tag 70 bis 80 Pfg., für halbe Tage (Nachmittage), außerhalb der Ferienzeit, 35 bis 50 Pfg. usw.“

Das Lohn Einkommen der Quedlinburger Gärtnerarbeiter betrug also damals auf die Stundeneinheit berechnet:

Verheiratete Gärtnergehilfen	15—17½ Pfg.
Ledige Gärtnergehilfen	12—15½ Pfg.
Einheimische erwachsene männl. Arbeiter	15—16⅔ Pfg.
Einheimische jugendl. Arbeiter	9—11 Pfg.
Einheimische erwachsene Arbeiterinnen ..	10—11⅓ Pfg.
Schulkinder	6—7½ Pfg.
Wanderarbeiter	15—17 Pfg.
Pferde- und Ochsenknechte	15—18 Pfg.

Wir fragen uns angesichts solcher Zustände, warum haben sich nicht damals die Arbeiter des Mittels der Vereinigung bedient, um sich aus solcher Sklaverei zu befreien? Schon im Jahre 1891 hatten sich die Gärtnergehilfen Quedlinburgs einmal zu einer gewerkschaftlichen Organisation aufgedrängt; diese wurde aber, ehe sie aktionsfähig wurde, von der Fa. Gebr. Dippe vernichtet. Aber doch ein Erfolg war zu verzeichnen: die Unternehmer sahen sich damals genötigt, den Anfangslohn der Gehilfen von 36 M. auf 45 M. zu erhöhen, sonst wäre wahrscheinlich die Bewegung bald wieder aufgelebt.

1906 schrieb dann der Verfasser des erwähnten Artikels: „Bei oberflächlicher Betrachtung konnte man den Eindruck gewinnen, als seien die Quedlinburger Gärtnerarbeiter in der Tat auf die Stufe hinabgesunken, auf welche heute der noch in halbbleibenden Verhältnissen lebende ostpreussische Landarbeiter steht. Und erst das tiefere Eindringen in das Leben jener ausgebeuteten Menschen gibt einem ein anderes Bild, bringt erfreuliche Züge an die Oberfläche. Tief unten da morrt und grollt es, da lebt und wirkt die Unzufriedenheit mit den erbärmlichen Zuständen. Die Arbeiterinnen speziell brachten ihre Unzufriedenheit sogar sichtlich zum Ausdruck. Sie arbeiten gemächlich und langsam. Im Gegensatz zu den Industriearbeitern sind die Bewegungen des Landarbeiters schwerfällig, das macht die Landarbeit. Bei den Quedlinburger Gärtnerarbeiterinnen war es aber ein anderer Grund, dem Klassengenossen antworteten sie auf Befragen: „Für den Lohn arbeiten wir noch zu viel.“

Diese Unzufriedenheit bewirkte den Zusammenschluß, doch immer wieder zerfiel die Organisation, bis endlich nach Kriegsbeendigung tiefere Erkenntnis eine feste Organisation schuf.

Gärtnerarbeiter Quedlinburgs! Könnt Ihr Euch ausdenken, wie es heute aussehen würde, wenn nicht eine treue Garde zu den Gewerkschaften gehalten hätte? Diese Getreuen haben unter unzähligen materiellen und ideellen Opfern zur Fahne gestanden und in zäher Kleinarbeit wieder aufgebaut, was in Inflation und Deflation auseinandergeronnen war. Ihnen gebührt der Dank, wenn die Samenbaumagnaten die Sklaverei nicht wieder einführen konnten.

Es liegt uns fern, zu sagen: „Seht Euch die Löhne und die Arbeitszeit von damals und heute an! Denkt an die Behandlung vor 25 Jahren und an Eure Rechte von heute.“ Nein, das sagen wir nicht, sondern rufen Euch, die ihr noch immer abseits steht, zu: „Es könnte noch vieles besser sein, wenn Ihr Euch in unsere Reihen gestellt hättet!“ Was bisher erreicht wurde, ist nur im Kampfe errungen worden, und was wir noch erreichen wollen und müssen, darum müssen wir wohl Stück für Stück noch härter kämpfen. Niemals werden die Arbeitgeber uns aus besserer Einsicht etwas einräumen, denn sie pochen auf ihre Macht. Diese mit Erfolg zu bekämpfen, wird nur gelingen, wenn wir ihr eine noch größere entgegensetzen. Es gibt kaum einen unorganisierten Arbeitgeber; Kollegen, nehmt Euch daran ein Beispiel! —

Ihr Abseitsstehenden müßt endlich einsehen, daß Ihr den Kampf, der für alle geführt wird, nicht länger meiden dürft. Unsere Tarifbewegung ist immer noch im Gange, eine Schlichtungsausschußsitzung hat die andere abgelöst, vor den Gerichten tobt jetzt unser Streit. Der Kampf wird noch andere Formen annehmen, die Wetterzeichen kündigen ein nahendes Gewitter: Gärtner, Gärtnerarbeiter, Geschirrführer und Arbeiterinnen! Laßt unsere Organisation lawinenartig anwachsen. Der Machtsstandpunkt unserer Arbeitgeber kann nur durch zähen Kampf gebrochen werden, deshalb rufen wir denen, die noch glauben, ruhen zu dürfen, zu: „Aufgewacht! Hinein in den Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter. Stärkt die Kampffront!“ Schuchardt.

„Rationalisierung“ bei J. C. Schmidt.

Kaum hat diese ehemalige Weltfirma ihr verblaßtes Ansehen durch Benary vergolden lassen, erstrebt sie auch schon wieder den Ruhm, auf andere Art von sich reden zu machen. Rationalisierung heißt das Schlagwort, mit dem sie jetzt operiert. Wer unter Rationalisierung Einführung besserer Arbeitsmethoden, Verbesserung der Einrichtungen usw. versteht, wird allerdings durch diese Firma eines anderen belehrt. Ihre Rationalisierung sieht so aus: Entlassung der älteren und ältesten Arbeitnehmer („Jubilare“), Verteilung der von diesen geleisteten Arbeit auf die übrigen Arbeitnehmer, Einführung von Überstunden trotz vorgenommener Entlassungen, Ausgabe von Heimarbeit. Das also sind die Methoden, die man „rationalisierende Betriebsumstellung“ nennt.

Mehr als 30 Arbeitnehmer, 10 bis 43 Jahre bei J. C. Schmidt tätig, sind brutal aufs Pflaster geworfen. Dem Betriebsrat, der sich notgedrungen mit den Einsprüchen der organisierten Kollegen befassen mußte, macht man auf dessen Vorstellungen plausibel, die Entlassungen seien dadurch bedingt, daß die „künstliche Abteilung“ der Firma seit Jahren mit Defizit arbeite und in den letzten Jahren etwa 225 000 Rm. Unterbilanz gehabt habe. Eine interessante Feststellung, die erkennen läßt, wie sich Herr Müller und sein Compagnon um den Betrieb gekümmert haben muß. Herr Müller hat es nämlich fertig gebracht, mehr als ein Jahr dem Betriebe fern zu bleiben. Er sah offenbar diesen Betrieb als eine Versorgungsanstalt geschäftsunkundiger Offiziere a. D. an. Denn mehr als auf alles andere legt Herr Müller Wert darauf, als Herr „Hauptmann“ angeredet zu werden.

Nun soll mit einem Schläge Remedur geschaffen werden. Natürlich wird das Übel beileibe nicht an der Wurzel angefaßt, denn bis jetzt war noch nichts darüber zu hören, daß auch gewisse überflüssige Herren mit zur Entlassung kommen. Bisher zeigt auch Herr Müller noch keine Lust, sich seinen Vater zum Vorbild zu nehmen, der wirklich mitarbeitete, einen Prokuristen überflüssig macht und somit dessen Gehalt einspart.

Anscheinend will man jedoch wieder nur auf Kosten der Arbeiter den Betrieb flott machen und geht rücksichtslos mit diesen um. Weder Betriebsräte, noch Gesetz und Stilllegungsverordnung werden beachtet. Freilich solange, als es sich die Arbeiter gefallen lassen. Hoffentlich gibt das Arbeitsgericht, bei dem die Firma schon abonniert zu sein scheint, Herrn Müller Aufklärung über seine Rechte und Pflichten als Arbeitgeber.

Wie wäre es, wenn man von oben anfangen zu rationalisieren und drei der bestbezahltesten Angestellten, deren Gehälter die Lohnsumme von 30 Arbeitern erreichen, entliebe und an deren Stelle die entlassenen Arbeitnehmer weiterbeschäftigte. Waren sie es doch, die den Herren Betriebsinhabern bisher ein so üppiges und sorgenfreies Dasein schufen. Jetzt soll der ganze Betrieb gefährdet sein, wenn sie weiterbeschäftigt werden.

Nach allen Vorkommnissen der letzten Zeit ist es wohl angebracht, der „Jubelfirma“ mehr als bisher auf die Finger zu sehen, damit nicht Verhältnisse dort einreißen, die allen zum Schutz der Arbeitnehmer erlassenen Gesetzen und allem sozialen Empfinden Hohn sprechen. Mann.

Konzentration im Erfurter Samenbau.

In einem unter gleicher Überschrift in Nr. 18 d. J. gebrachten Aufsatz unseres Kollegen Mann wurde u. a. ausgeführt, daß Benary auch bereits an der Firma Liebau & Co.-Erfurt beteiligt sei, denn Verwandte Benarys seien Teilhaber und Benarysches Kapital arbeite in dieser Firma mit.

Die Firma Liebau & Co. ersucht uns, darauf bezugnehmend mitzuteilen, daß unsere Darstellung nicht zutreffend sei. „Weder die Firma Benary, noch ein Mitinhaber der Firma Benary ist an der Firma Liebau & Co. beteiligt; auch arbeitet Benarysches Geld nicht mit in der Firma.“ Die Fa. Liebau & Co. sei vollständig unabhängig von jeder anderen Firma und die Fa. Benary habe weder irgendwelchen Einfluß auf die Geschäftsführung noch auf die Geschäftsleitung.

Indem wir hiermit dem Wunsche der Firma Liebau & Co. Rechnung tragen, gestatten wir uns, dazu noch folgendes zu be-

merken. Nach unseren Informationen ist ein Herr Fromsdorf Mitinhaber der Firma Liebau & Co. Herr Fromsdorf ist aber ein Neffe des Herrn Benary. Bei dieser nahen Verwandtschaft ist doch wohl unsere Darstellung nicht abwegig, nach der Kapital der Familie Benary auch bereits in dieser Firma mitarbeitet. Natürlich braucht deswegen deren Geschäftsleitung noch nicht durch Benary beeinflusst zu sein. Aber es liegt doch immerhin im Bereich möglicherer Möglichkeiten, daß auch die Fa. Liebau & Co. in einem von Benary geführten Konzern als eine der ersten der Beteiligten aufsteht.

Konzentration holsteinischer Baumschulen.

Nach Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pinneberg sind die „Offenen Handelsgesellschaften“ H. H. Pein und E. F. Pein, Baumschulen in Halstenbek, aufgelöst worden, und neu begründet und ins Handelsregister eingetragen ist die Firma Pein & Pein, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit einem Stammkapital von 750 000 Rm. Damit haben sich die Baumschulenbesitzer Alwin Pein, Emil Pein, Hermann Pein, Arthur Pein in Halstenbek und Adolf Pein in Ellerbek zu einer Firma verbunden.

Reform oder soziale Reaktion in der Arbeitslosenversicherung?

Wenn es nicht gar so traurig wäre, so könnte man darüber lachen — „Reform“ nennen sie den Mantel, den die ach so „notleidende“ deutsche Wirtschaft ihren reaktionären Gedanken und Anträgen umgehängt hat. Den Allerärmsten der Armen, den Arbeitslosen, deren Arbeitskraft man verschmätzt, gelten die Pläne der Sozialreaktionäre in der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei. Mit der Arbeitslosenversicherung soll der Anfang gemacht werden. Gelingt ihnen dort ihr trauriger Streich, dann wird lustig weiter „reformiert“! Die Krankenversicherung, die Invaliden- und Altersversicherung und auch die Angestelltenversicherung sind ja wundervolle Gebiete dafür. — Geht man nur recht forsch heran, dann läßt sich vielleicht gar die Republik wieder in ein glorreiches Kaiserreich umreformieren. Und dann wird wieder herrlichen Zeiten entgegengeführt!

Die Wirtschaft, die Konzerne, Kartelle, die Verbände der Industrie, des Handels und des Gewerbes verlangen Abbau der Arbeitslosenunterstützung und damit die Verelendung der Massen. Bedenken sie aber auch, wo da der innere Markt bleibt? An wen will die Wirtschaft dann ihre Waren absetzen? Wir meinen, die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß sei das Radikalmittel, um die ganze Arbeitslosenfrage von Grund auf zu lösen. Aber was macht die Wirtschaft? Sie „rationalisiert“! Setzt Tausende und Abertausende von Arbeitern durch Maschinen frei, legt ihre Arbeitskraft brach und nimmt ihnen hierdurch die Mittel, Waren zu verbrauchen.

Durch diese methodischen Eingriffe aber erwächst der Wirtschaft die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, den ohne ihr Verschulden arbeitslos gewordenen Arbeitskräften entweder anderweitigen Erwerb zu beschaffen, oder durch allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit ihre Einreihung in den Produktionsprozeß wieder zu ermöglichen; oder ihnen mindestens die paar Pfennige Unterstützung zu gewähren, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sind.

Aber kann man von den Leuten, die den Krieg und dann die Inflation mit ihren ganzen Folgeerscheinungen auf dem Gewissen haben, soziales Verständnis erwarten? Sie sind darauf bedacht, daß ihnen der Profit blüht, die Arbeiter, die ihnen den Profit geschafft haben, mögen verrecken.

Schon seit Anfang Juli, seit einem Vierteljahr, ist man nun beim Reformieren und Kuhhandeln und schon schwillt die Zahl der Arbeitslosen allmählich wieder an. Zum Winter werden weitere Tausende von Erwerbslosen durch das jetzige Arbeitslosenversicherungsgesetz automatisch ausgesteuert werden. Wir Gewerkschafter mahnen, enttäuscht nicht das Vertrauen der Massen, die der SPD. den letzten glänzenden Wahlsieg erringen halfen! Wer die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Zersetzungerscheinungen körperlicher und hauptsächlich seelischer Art schon mal aus eigener Erfahrung kennen gelernt hat, wird verstehen, welche Dinge da auf dem Spiele stehen!

I. Csts.

Nachschrift der Schriftleitung: So berechtigt und verständlich die mahnenden Darlegungen des Kollegen Csts. sind, die gewiß von unserer gesamten Kollegenschaft geteilt werden, so ungerechtfertigt will uns der darin liegende Vorwurf an die SPD. scheinen, die in steter Verbindung mit den freien Gewerkschaften um die Interessen der in diesen vereinigten Arbeiterschaft kämpft, kämpft im wahren und vollsten Sinne des Wortes. Das Ringen, das zurzeit um eine gerechte Gestaltung der Arbeitslosenversicherung geht, und in dem hervorragende Gewerkschaftsführer als Reichstagsab-

geordnete (Graßmann, Aufhäuser u. a.) in vorderster Reihe stehen, wird als „Kuhhandel“ wirklich falsch charakterisiert, sondern es ist Klassenkampf in aller Form.

Daß der Kampf so lange währt, ist ein Beweis seiner Schwere, gegeben durch die ganzen schwierigen Umstände und vor allem durch die Zerrissenheit der politischen Vertretung der Arbeiterschaft. Darin liege die Schwäche unserer Position. Diese Umstände müssen dabei gewürdigt und deren endliche grundlegende Änderung angestrebt werden. Von dem einem aber sollte unsere Kollegenschaft fest durchdrungen sein, daß von Seiten der freien Gewerkschaften mit ganzem Ernst und dem nur möglichen Nachdruck der Kampf gegen die Bestrebungen der Reaktion geführt wurde und weiter geführt werden wird.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Am 31. Juli waren 1686 oder 15,3 Proz. unserer Mitglieder arbeitslos, für diesen Monat die höchste Meßziffer der Arbeitslosigkeit nach der Inflation. Am 31. August betrug die Arbeitslosenziffer aber 1979, gleich 18,3 Proz., ist also um weitere 3 Proz. gestiegen. Auch für August ist es die bisher höchste Ziffer in der genannten Zeit. Einen solchen Umfang der Arbeitslosigkeit hatten wir bisher nur in den Wintermonaten. Von allen freigewerkschaftlichen Verbänden standen nur die Hutmacher mit 24 Proz. und die Sattler mit 21,5 Proz. Arbeitslosen noch schlechter als wir.

In den wichtigsten Orten des Verbandsgebietes war die Zahl der Arbeitslosen: Königsberg 37, Breslau 77, Berlin 658, Hamburg 434, Hannover 34, Bremen 35 Essen 47, Köln 81, Düsseldorf 26, Frankfurt a. M. 98, Erfurt 66, Dresden 101, München 86, Stuttgart 26.

Eine Besserung dieses Zustandes ist vor dem Frühjahr nicht zu erwarten. Die dauernd hohen Arbeitslosenziffern unseres Berufes zwingen uns, eine Verkürzung der Arbeitszeit mit allen Mitteln anzustreben.

Das unheimliche Anwachsen der Arbeitslosenziffern hat die Hauptverwaltung veranlaßt, den Antrag an das Reichsarbeitsministerium vom 7. August auf **Wiederzulassung der Gärtnerei zur Krisenfürsorge** nochmals dringlichst zu begründen.

Arbeitskämpfe und Tarife

Löhnerhöhungen in Camenz.

Die Notiz über erfolgte Löhnerhöhungen in Camenz in Nr. 19 der „A. D. G.-Ztg.“ ist den Tatsachen etwas vorausgeeilt. Die Lohnbewegung ist noch nicht zum Abschluß gelangt, sondern sie schwebt zurzeit vor dem Schlichtungsausschuß. Die Löhne der männlichen Arbeitnehmer in der Camenzer Hofgartenverwaltung müssen als unzureichend angesehen werden. Sie betragen seit 1928 neben einem geringen Deputat für Gärtner pro Stunde 51 Rpf. und für Arbeiter 47 Rpf. Die Frauenlöhne von 32 Rpf. pro Stunde können im Vergleich zu den noch niedrigeren Löhne der schlesischen Handelsgärtnerei nicht als besonders schlecht angesehen werden. Mit Recht verlangten deshalb unsere männlichen Kollegen eine Erhöhung von 5 Rpf. pro Stunde. Diese Forderung wurde von der Generaldirektion unter Hinweis auf die beträchtlichen Defizite des Betriebes abgelehnt. Unsere Kollegen haben daraufhin ihre Forderung auf 3—4 Rpf. ermäßigt und hoffen nun die Zustimmung der Generaldirektion. Statt dessen aber versuchte man, unsere Mitgliedschaft zu veranlassen, ihre Organisation aufzugeben. Man versprach ihnen die gleichen Lohnsätze, wie sie mit der Organisation abgeschlossen würden. Auf diese Leimrute gingen jedoch unsere Mitglieder nicht. Noch allzu deutlich ist ihnen die frühere Rechtlosigkeit, zu der sie ohne den Schutz der Organisation verurteilt waren, in Erinnerung.

Als nun am 16. September auch von der Generaldirektion auf die ermäßigte Lohnforderung ein ablehnender Bescheid erging, haben wir sofort den Schlichtungsausschuß angerufen und hoffen, daß dieser den gerechtfertigten Forderungen unserer Kollegen Rechnung tragen wird.

Kietz.

Lehrlings- und Bildungswesen

Eigenlob einer Landwirtschaftskammer.

In der schlesischen Tagespresse singt sich die Landwirtschaftskammer Niederschlesien ein herrlich tönendes Loblied. Ihre umfangreichen Arbeiten zur Anerkennung der Gärtnereien (wohlgemerkt: nicht „Gartenbaubetriebe“, wie man sie sonst so „schön“ nennt) wären abgeschlossen, und sei in diesem Jahre das Anerkennungsverfahren vollkommen geändert worden. Die LK. habe weder Kosten noch Arbeit gescheut, um ein Material von „bleibendem Werte“ zu schaffen. Sämtlichen bisher anerkannten Gärtnereien wurde nämlich ein Fragebogen zugestellt, worin die Angaben über Größe und Art des

Betriebes, Vorbildung des Betriebsleiters, Zahl der beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge usw. einzutragen waren.

Diese Umfrage war notwendig geworden, um vielfache und erhebliche Änderungen in den Gärtnereien klarzulegen.

In der weiteren, ziemlich ausführlichen Schilderung der getroffenen Maßnahmen heißt es dann: „Nach der vorläufigen Zusammenstellung wurden die vorbereiteten Listen an die Bezirksgruppen, die Mitglieder des Gartenbauausschusses und an sonstige Organisationen zur Begutachtung der für ihren Bezirk in Frage kommenden Betriebe übersandt.“

In der Annahme, daß als „sonstige Organisationen“ auch die der gärtnerischen Arbeitnehmer angesehen worden wären, hatten wir bereits unsere Feder in die zartblaueste Tinte getunkt, um solch rühmliches Beginnen einer preußischen Landwirtschaftskammer lobend zu Nutz und Frommen des Berufes anzuerkennen und allen ähnlichen Institutionen als nachzueiferndes Vorbild vorzustellen. Doch den Regungen eines alten Mißtrauens folgend, hielten wir Nachfrage bei unserer schlesischen Gauverwaltung mit dem uns eigentlich doch nicht überraschenden Ergebnis, daß der „Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter“ nicht als eine der „sonstigen Organisationen“ des Berufes angesehen worden ist, denen das Material über anzuerkennende Lehrbetriebe zur Begutachtung vorzulegen wäre.

Das ist geschehen, obgleich in einer Verfügung des preußischen Landwirtschaftsministers vom 10. Februar 1919, also vor mehr als zehn Jahren, bereits niedergelegt ist, daß alle Maßnahmen zur Förderung der Ausbildung von Gärtnerlehrlingen im Behalten mit den gärtnerischen Fachverbänden zu treffen seien, und in dem zur Behebung etwaiger Zweifel noch ausdrücklich betont wurde, daß Prüfungsausschüsse „zur Hälfte aus dem Kreise der Arbeitnehmer“ zusammensetzen seien. Selbst wenn der LK. Niederschlesien diese Verfügung aus dem Gedächtnis entschwunden sein sollte, dann verweisen wir auf den Entwurf des Berufsausbildungsgesetzes, das obige Grundsätze in verbesserter und bestimmter Form noch enthält. Es kann unmöglich der LK. Niederschlesien unbekannt sein, daß alle preußischen LK. mit dem Reichsverband d. d. G. darin übereinstimmen, daß ein von ihnen erstrebtes landwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz sogar noch erheblich weiter gehen sollte, als der erwähnte allgemeine Gesetzentwurf. Aus allen diesen Gründen wäre es mindestens eine Pflicht des Anstandes gewesen, unseren Verband bei der Begutachtung des Lehrbetriebsmaterials jetzt nicht mehr auszuschließen.

Wir begnügen uns festzustellen, daß die Landwirtschaftskammer Niederschlesien weder Verfügungen des vorgesetzten Ministeriums noch selbstverständliche Anstandspflichten gegenüber in Betracht kommenden wirtschaftlichen Berufsverbänden beachtet.

Solche Tatsachen geben uns wohl das Recht, die Güte der mit so erheblichem Eigenlob bedachten Arbeiten und damit deren „bleibenden Wert“ anzuzweifeln.

Abendkurse in Hamburg.

An den Staatlichen Fachgewerbeschulen in Hamburg finden im Rahmen des freiwilligen Abendunterrichtes zehn Kurse für Gärtner, Blumenbinder und Blumenbinderinnen statt.

Anmeldungen werden in der Zeit von Montag, den 23. September, bis Freitag, den 27. September, von 17.30 Uhr bis 19.30 Uhr, im Büro der Staatlichen Fachgewerbeschulen, Hamburg, Steintorplatz, 1. Stock, Zimmer 27, entgegen genommen. Der Unterricht beginnt am Montag, den 7. Oktober, im Schulgebäude, Hamburg, Markusstraße 40.

Das Schulgeld beträgt pro Stunde und Halbjahr 4,00 Rm. bis zum Höchstbetrage von acht Stunden. Außerdem ist eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,00 Rm. zu entrichten. Für Lehrlinge ermäßigt sich das Schulgeld je Stunde und Halbjahr auf 2,00 Rm.

Nicht-Hamburger haben einen Aufschlag von 50 Proz. auf die Schulgeldsätze zu zahlen. Der Lehrplan ist im Büro der Ortsverwaltung erhältlich.

Abendkurse in Wandsbek.

In der gewerblichen Berufsschule in Wandsbek, Witthöfstr. 1, finden im Winterhalbjahr folgende Kurse für Gärtner, abends von 7 $\frac{1}{2}$ —9 $\frac{1}{2}$ Uhr, statt:

1. Chemie für Anfänger.

Dienstags, Beginn am 22. Oktober 1929.

2. Buchführung und Bau und Leben der Pflanze im wöchentlichen Wechsel.

Donnerstags, Beginn am 17. Oktober 1929.

Lehrbeitrag für jeden Kursus: für Schulpflichtige und Gehilfen unter 18 Jahren 4 Rm.; für Gehilfen über 18 Jahren 8 Rm.

Anmeldungen bis zum 24. Oktober 1929 in der Kanzlei der gewerblichen Berufsschule Wandsbek oder während der ersten Unterrichtsstunden daselbst im Zimmer 8.

Berichte

500 Jahre Gärtnervereinigung.

In Bratislava (Tschechoslowakei), dem früheren Preßburg, besteht eine Gärtnervereinigung bereits 500 Jahre. Aus Anlaß dieses Jubiläums soll der diesjährigen Generalversammlung ein besonders festlicher Charakter gegeben, die Bedeutung der Gärtnervereinigung und ihre Entwicklung in den fünf Jahrhunderten dargestellt werden.

Christliche Landarbeiter verteidigen Rechte, die christliche Gärtner preisgeben.

Der christliche Landarbeiterverband, der sich auf seinem diesjährigen Verbandstage einen neuen Namen, nämlich „Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer“ gegeben hat, nahm, um zu zeigen, daß er sich auch der Interessen seiner kleinen Gärtnergruppe, des ehemaligen „Deutschen Gärtner Verbandes“ annimmt, folgende Entschliebung an:

„Der Verbandstag des Reichsverbandes ländlicher Arbeitnehmer fordert von Reichsregierung und Reichstag eine beschleunigte reichsgesetzliche Klarstellung der arbeitsrechtlichen Stellung der Arbeitnehmer in Gärtnerei und Gartenbau dergestalt, daß dem gewerblichen Charakter des Arbeitsverhältnisses des größten Teiles der gärtnerischen Arbeitnehmerschaft Rechnung getragen wird. Er lehnt die Einbeziehung der gärtnerischen Arbeitnehmer in arbeitsrechtliche Sondergesetze für die Land- und Forstarbeiterschaft ab, weil darin ein Rückschritt für die soziale Stellung der arbeitnehmenden Gärtner liegen würde.“

Der Reichsverband lehnt zugleich jede arbeitsrechtliche Sondergesetzgebung für die Landarbeiterschaft ab. Die besonderen Verhältnisse in der Landwirtschaft können und sollen durch Sonderbestimmungen in der allgemeinen Gesetzgebung berücksichtigt werden.“

Diese klare Stellungnahme begrüßen wir, sie unterscheidet sich sehr angenehm von der schwankenden Haltung, die Meystre und Hülsler für ihren „Gärtnerei-Verband“ eingenommen haben. Der erstere hat noch vor wenigen Wochen in einer Besprechung im Reichsernährungsministerium der Eingliederung der Gärtnerei in das Sondergesetz landwirtschaftlicher Berufsausbildung zugestimmt, befindet sich also im Gegensatz zum Beschluß seiner jetzigen Organisation.

Bekanntmachungen

Auszahlung eingeklagter Lohnbeträge.

Für nachfolgende Kollegen und Kolleginnen sind wir im Besitz von Restlohn für Überstundenzuschläge aus dem Arbeitsverhältnis von 1927-28 in der Firma Paul Hauber in Dresden-Tolkewitz.

Erich Schmidt,

Martha Pellmann,

Elsa Meißner.

Wir bitten um Meldung in unserer Verbandsgeschäftsstelle Dresden-A., Ritzenbergstraße 2, III. L. Haucke.

Ortsverwaltung Bremen: Buchkontrolle vom 15. bis 31. Oktober 1929.

Unterhaltungabend mit Tanz für Mitglieder und deren Angehörige am 19. Oktober in der „Paulsburg“, Ostertorsteinweg. Der Vorstand.

Sterbetafel

Am 6. September 1929 verstarb infolge Schlaganfall unser langjähriges Mitglied, der Privatgärtner Kollege Theo Hofeditz, Radebeul, im 75. Lebensjahre.

Durch den Tod verlor am 10. September die Verwaltung Quedlinburg den Kollegen Emil Sechting im Alter von 56 Jahren.

Am 10. September 1929 verstarb infolge Herzschlag der Privatgärtner Richard Arlitt, Mitglied in Dresden, im Alter von 54 Jahren. Ehre ihrem Andenken.

Bücherschau

Die Gewerkschaftsbewegung in Österreich. Von Eduard Straas. Band 9 der Internationalen Gewerkschaftsbibliothek. Amsterdam 1929. Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Auslieferung in Deutschland: Verlagsgesellschaft des ADGB.

Die amerikanische Arbeiterschaft und die amerikanische Demokratie. Von William English Walling. Herausgegeben von Georg Decker. Übersetzt von Helene Leroy-Fürst. Mit einer Einleitung des Verfassers zur deutschen Ausgabe. Teil I: Arbeiterschaft und Politik. Teil II: Arbeiterschaft und Regierung. 207 Seiten. 1929. Preis: Gebunden 6,50 Rm., kartoniert 5,50 Rm. Organisationspreis: Gebunden 4,85 Rm., kartoniert 4,10 Rm.

Die Vertretung der Veralteten in den reichsgesetzlichen Krankenkassen. Herausgegeben vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 25 Seiten. Preis: 1,25 Rm.